

Unterbezirksparteitag
Mittwoch, 12. Oktober 2011, 18.00 Uhr
Volkshaus Röhlinghausen

Antrag-Nr.: III / 2

Antragsteller: OV ALTenhöfen

Betr.: Weiterentwicklung von Arbeitsgelegenheiten auf freiwilliger Basis

„Die Delegierten des Unterbezirksparteitages der SPD Herne fordern die Mitglieder der SPD-Bundestagsfraktion auf, sich dafür einzusetzen, dass die Arbeitsgelegenheiten auf freiwilliger Basis weiterentwickelt werden, um unser notwendiges arbeitsmarktpolitisches Instrument des Mindestlohnes im Bereich des Segments sozial erwünschter und zusätzlicher Beschäftigung zu flankieren!“

Begründung:

Entgegen den Bestrebungen der Bundesregierung sehen wir positive Ansätze, die nicht den geplanten Einsparungen zum Opfer fallen sollten. Vielmehr sollten die bisher so genannten „Ein-Euro-Jobs“ nicht einfach zurückgefahren, sondern zu einer integrativen, ergänzenden und freiwilligen Maßnahme mit anrechnungsfreiem Zuverdienst weiterentwickelt werden.

Der Auffassung der Bundesregierung, dass es keine nennenswerten Übernahmen in den ersten Arbeitsmarkt gegeben habe, ist zu entgegnen, dass es sich um zusätzliche Beschäftigung handelt und immer handeln sollte. Der soziale und zugleich volkswirtschaftliche Vorteil besteht gerade darin, dass zusätzliche Arbeit finanziert werden soll, die den Mangel an einfachen und geringqualifizierten Arbeitsplätzen kompensieren kann.

Unser erstes Ziel bleibt die Schaffung und Erhaltung von qualifizierten Arbeitsplätzen zu angemessenen Löhnen, mit denen eine Familie unterhalten werden kann. Daher setzen wir uns für einen weiteren Ausbau des Mindestlohninstruments ein, zur Unterstützung der Tarifpartner. Denn auch diese haben kein Interesse an einem Lohn- und Qualitätsdumping!

Zusätzlich müssen wir aber auch eine verlässliche soziale Beschäftigungsperspektive für diejenigen anbieten, die keinen oder nur einen geringer qualifizierten Arbeitsplatz finden können, der auf dem ersten Arbeitsmarkt nicht von privaten Arbeitgebern kostendeckend angeboten werden kann.

Diese Arbeitsplätze müssen entdiskriminiert werden. Der Bedarf an solchen Tätigkeiten ist im Bereich des sozialen Engagements z.B. in der zusätzlichen Betreuung Alter und Kranker oder in anderen Bereichen freiwilliger kommunaler Tätigkeit sehr groß und würde Solidarität, Zusammenhalt und soziale Sicherheit in der Gesellschaft stärken. Diese Arbeitsplätze sind angesichts des demographischen Wandels einerseits und der trotz des allseits beklagten angeblichen Fachkräftemangels nicht ausreichend zurückgehenden strukturellen Sockelarbeitslosigkeit andererseits einfach zwingend nötig.

Darüber hinaus ist der individuelle Aspekt der gesellschaftlichen Wertschätzung und der Einbindung in gesellschaftliche Zusammenhänge nicht zu vernachlässigen.

angenommen: X bei 7 Enthaltungen abgelehnt: _____

überwiesen an: _____

weitergeleitet an: SPD Bundestagsfraktion